

"Unter dem Regime des Euro" in Frankfurter Allgemeine Zeitung (4. Januar 1999)

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung. 04.01.1999. Frankfurt/Main: FAZ Verlag GmbH.

Urheberrecht: (c) Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

All rights reserved. Provided by Frankfurter Allgemeine archiv.

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"unter_dem_regime_des_euro"_in_frankfurter_allgemeine_zeitung_4_januar_1999-de-6e740c6d-2293-488b-8495-79ad3b0cbaf3.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 19/09/2012

Unter dem Regime des Euro

Wirtschaftspolitik in Europa / Von Hans D. Barbier

Die Europäische Union ist auch in den Jahren des Maastricht-Prozesses nicht zu einem Staat geworden. Die Krönung der politischen Konvergenz in Europa ist der Euro daher nicht. Darauf spielt die These der Skeptiker an, noch nie sei es mit dauerhaftem Erfolg gelungen, eine Währungsunion für einen Raum zu installieren, der nicht zuvor die Züge einer homogenen Staatlichkeit angenommen habe. Ein solcher Raum der Staatlichkeit ist Euro-Land in der Tat nicht. Dennoch wird sich der Euro im zweifachen Sinne als politisches Jahrhundertprojekt in die Geschichtsbücher eintragen: der Euro ist das Produkt des politischen Willens einiger Staatenlenker in Europa; und der Euro wird die Prozesse und die Ergebnisse der Wirtschaftspolitik des Raumes prägen, der von jetzt an protokollarisch inoffiziell, aber ökonomisch kennzeichnend nach ihm benannt sein wird.

Für die Geld- und Währungspolitik liegt die politische Prägekraft des Euro auf der Hand. Die wirtschaftliche Qualität des Euro-Raumes wird durch die Geldpolitik und den Geldwert bestimmt werden. Inflation verkürzt die Investitionsperspektive und führt auf Dauer zur Verarmung einer Region. Wenn sich aber die Stabilitätsversprechen der Politiker und die Stabilitätserwartungen der Bürger erfüllen, dann wird sich im Euro-Raum eine lange Investitionsperspektive entwickeln: mit allen positiven Folgen für die Bildung von Realkapital, für die Entwicklung der Produktivität, des Wachstums, der Beschäftigung und der Löhne, für die Staatseinnahmen und damit auch für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben und fundamentaler Solidarversprechen.

Doch das Regime des Euro wird über das Monetäre hinausreichen. Die Entscheidungsmuster der Wirtschaftspolitik werden sich ändern. Die zwischen den nationalen Regierungen auszuhandelnden Teile des Entscheidungsprozesses und die Abstimmungsverfahren in den Gremien der Europäischen Union werden an Bedeutung gewinnen. Im Zentrum dieses Prozesses wird der Stabilitäts- und Wachstumspakt stehen. Dessen Vorgaben (ausgeglichener Haushalt über den Konjunkturzyklus, Defizitobergrenze bei drei Prozent des Sozialprodukts, Ausnahmeregelung im Falle einer ausgeprägten Rezession) werden einen Mechanismus der makroökonomischen Beobachtung im Euro-X-Rat der Währungsunion und im Finanzministerrat (Ecofin) der Europäischen Union auslösen.

Aber dabei wird es nicht bleiben. Die Abstimmungs- und Kontrollgespräche, Beratungen über Strukturen und Qualitäten von Budgets, Prognosen über die Nachhaltigkeit von Defizitsituationen werden zu einem Vergleich solcher politischer Ziele und ökonomischer Instrumente führen, die sozusagen hinter den Budgets stehen: Welche Ausgabenstruktur prägt das ins übermäßige Defizit geratene Budget dieses oder jenes Landes? Ist ein die Paktvereinbarung übersteigendes Defizit die vorübergehende Folge eines außenwirtschaftlichen Schocks, oder ist es das hartnäckig erscheinende Ergebnis einer die Leistungskraft der Volkswirtschaft nachhaltig überfordernden Sozial- und Subventionspolitik? Und daraus ergeben sich weitere Fragen: Erklärt sich ein Defizit aus der Steuerschwäche eines Landes und die wiederum aus einer kapitalabschreckenden und investitionsentmutigenden Überbesteuerung durch hohe Steuersätze? Wie stark wird das Budget durch Einrichtungen der sozialen Sicherung belastet, die sich zu akzeptablen Bedingungen offensichtlich nicht mehr selbst tragen können?

Solche Fragen sollten nicht gestellt und erörtert werden, um den Stabilitätspakt zu relativieren oder seine Sanktionen zu entkräften. Schon die von der Kommission angeregte Unterscheidung zwischen investiven und nichtinvestiven Staatsausgaben für die ökonomische und politische Bewertung der Budgetdefizite wäre ein erster Schritt zur Entwertung des Paktes: Wenn es um die Kräftigung der politischen Disziplin und um das makroökonomische Zusammenspiel von Finanz- und Geldpolitik geht, hat die banal klingende Feststellung „Defizit ist Defizit“ ihren unbestreitbaren Wert. Es ist indessen schwer vorstellbar, daß die Befunde und die Beratungen rund um die Defizitklauseln des Stabilitätspakts nicht zu einem Vergleich des finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischen Rahmenwerks führen werden, aus dem sich die Etats mit ihren Defiziten ergeben. Gegen einen solchen Vergleich und gegen die Frage „Wie machen es die anderen?“ ist nichts einzuwenden, wenn dadurch für die Wirtschaftspolitik in Europa ein Lern- und Wettbewerbsprozeß ausgelöst wird.

Es wäre gut, wenn es so käme. Aber dem Wettbewerb wollen manche Politiker sich nicht stellen. Sie streben die Harmonisierung im Sinne einer Ex-ante-Koordination an: einen Mindestlohn für die Arbeitnehmer, ein vereinheitlichtes Steuerrecht für die um „Fairneß“ besorgten Finanzminister, Bündnisse für die Beschäftigung, Pakte für das Wachstum und Einheitsmodelle für die soziale Sicherung. Wenn die Wirtschaftspolitik unter dem Regime des Euro diesen Weg geht, verbauen die Politiker sich die Chance des Lernens und den Bürgern des Euro-Raumes die Aussicht auf eine dynamische, große europäische Wirtschaft mit neuen Beschäftigungsmöglichkeiten. Eine verordnete Harmonisierung würde zu einer Verhärtung jener Euro-Sklerose führen, unter der die größeren Volkswirtschaften des Kontinents seit den siebziger Jahren leiden und von der sich die Briten unter der Herrschaft Margaret Thatchers mit positiven Nachwirkungen bis heute befreit haben.

Vor den Risiken einer vereinheitlichenden Wirtschaftspolitik schützt die Bürger des Euro-Raumes einstweilen das gerade in jüngster Zeit als dem Integrationsstand nicht mehr angemessen kritisierte Einstimmigkeitsprinzip: Die Briten wollen nicht mitvollziehen, was deutsche und französische Politiker sich unter dem „Zukunftsmodell“ einer durchharmonisierten europäischen Wirtschaftspolitik vorstellen. Es zeigt sich auch hier, daß die Europäische Union noch nicht in der Lage ist, die Anwendung der Mehrheitsregel zu ertragen. Der Euro ist eben nicht die Währung eines Raumes mit voll ausgebildeter Staatlichkeit.